

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 3. Dezember 2019 / Mardi après-midi, 3 décembre 2019

Finanzdirektion / Direction des finances

**55 2019.RRGR.85 Postulat 067-2019 BDP (Etter, Treiten)
100 Mio. Franken für Mittelstand & Gewerbe, jetzt!**

**55 2019.RRGR.85 Postulat 067-2019 PBD (Etter, Treiten)
100 millions de francs pour la classe moyenne et l'artisanat, maintenant !**

Der Präsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président Hannes Zaugg-Graf reprend la direction des délibérations.

Präsident. Vielen Dank. Wir kommen zum Traktandum 55, einem Postulat von Grossrat Etter. Ich erteile gleich ihm das Wort.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Im November 2018 wurde das Steuergesetz (StG) vom Berner Volk abgelehnt, welches vorsah, die juristischen Personen um 100 Mio. Franken zu entlasten. Wir haben viel gehört: «Ja, wenn es ausgeglichen gewesen wäre, wenn noch etwas für die natürlichen Personen drin gewesen wäre, dann wäre man bereit gewesen, dem Gesetz zuzustimmen. Wenn es aber nur einseitig für juristische Personen ist, können wir nicht zustimmen.» Wir haben auf diese Gespräche reagiert und haben eine Motion (M 022-2019) eingereicht, dass man die 100 Mio. Franken, die damals bereits im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) eingestellt waren, anderes verteilt. Auch als altgedienter, oder zumindest als langjähriger Grossrat, habe ich mich nachher belehren lassen müssen, dass man, während ein Gesetz offen ist, gar keine Motion zu diesem Gesetz einreichen kann. Deshalb haben wir sie dann zurückgezogen und in Form eines Postulats eingereicht, mit demselben Text.

Also, es ist eine Reaktion auf das abgelehnte StG von November 2018. Wir schlagen in diesem Postulat vor, dass man die 100 Mio. Franken verteilt, die im AFP eingestellt waren, 60 Mio. Franken auf natürliche Personen, 40 Mio. Franken auf juristische Personen, und dementsprechend beim StG den Steuertarif ändert. Wir haben in den letzten Tagen eingehend über dieses StG gesprochen. Dieser Steuertarif wurde nicht geändert. Stattdessen hat die Regierung vorgeschlagen, im Rahmen eines Steuerpakets bei den nächsten Voranschlägen 2021/22 die Steueranlage sowohl für die natürlichen Personen wie auch für die juristischen Personen zu verändern, ungefähr den Beträgen entsprechend, von denen wir auch in diesem Postulat sprechen. Wichtig ist uns, dass es eine Steueranpassung gibt und dass eine Steueranlage gleichmässig verteilt wird, sowohl auf natürliche Personen als eben auch auf juristische Personen, sodass man diese 100 Mio. Franken, die im AFP eingestellt sind, auf das Volk, auf die Steuerzahler, verteilen kann.

Weshalb bestreiten wir die Abschreibung dieses Postulats? – Im Moment ist von dem, was wir hier drin haben – ob es jetzt im Steuertarif sei oder in der Steueranlage, ist schlussendlich egal, das Ziel ist genau dasselbe –, noch kein Jota umgesetzt. Nach meinem Verständnis ist es so, dass ein Vorstoss erst dann abgeschrieben werden kann, wenn er umgesetzt ist. Es ist zwar in der Planung so vorgesehen. Es ist ein etwas anderer Weg, den die Regierung vorschlägt. Wir sind mit diesem Weg einverstanden. Aber umgesetzt ist es noch nicht. Deshalb bitte ich Sie, dieses Postulat anzunehmen, und das ohne Abschreibung.

Präsident. Der Postulant bestreitet die Abschreibung. Das Mikrofon ist offen für die Fraktionen. Als Erstes, für die FDP, Grossrat Adrian Haas.

Adrian Haas, Bern (FDP). Ich danke Jakob Etter und der BDP für diesen Vorstoss. Ich habe mich natürlich gefreut. Noch lieber wäre mir gewesen, wenn ich meine Freude damals beim Minderheitsantrag der FiKo zum StG 2019 hätte zum Ausdruck bringen können. Bereits damals hätte die Möglichkeit bestanden, in diesem Gesetz etwas für die natürlichen Personen zu tun, und dann wäre es wahrscheinlich auch vom Volk angenommen worden. Aber das ist Geschichte. Ebenso Geschichte

ist der Vorstoss, den wir jetzt hier haben. Das StG haben wir jetzt in erster Lesung beraten und haben es so beschlossen, wie wir es eben beschlossen haben. Damit ist dieser Vorstoss eben «nicht erfüllt». Aber es ist auch nur ein Postulat, das es «zu prüfen gilt» und das dann auch gleich abzuschreiben ist. Selbstverständlich besteht nach wie vor Handlungsbedarf, sowohl bei den juristischen als auch bei den natürlichen Personen. Wir haben die nächste Gelegenheit im nächsten Herbst, wenn es um den VA 2021 geht, beziehungsweise um die Steueranlage, die wir gleichzeitig mit dem VA festlegen werden. Wir werden dann Jakob Etter natürlich an dieses Postulat erinnern.

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP). 100 Mio. Franken für den Mittelstand und für das Gewerbe, ein Postulat. Wir haben das StG, glaube ich, gerade erst beraten – in erster Lesung zwar, und nicht in der zweiten. Die SVP-Fraktion, das ist klar, unterstützt dieses Postulat, aber sie hat das Gefühl, dass wir das jetzt wirklich schon in dieser StG-Revision diskutiert haben. Wir sehen, dass es nächstes Jahr im VA und nachher im AFP umgesetzt wird. Das wurde ja erwähnt. Wir sind glücklich darüber. Ich werde von ferne zuschauen, wie der Rat entscheidet, und daran denken, wie man hier eigentlich immer darum gefeilscht hat, dass man bei den natürlichen und juristischen Personen endlich einmal etwas machen kann. Wir haben Finanzhaushaltreserven geschaffen. Es geht nur noch darum, dass das Parlament hier im Saal Lei hält zu den Vorstössen, die hier überwiesen wurden. In diesem Sinn hoffe ich, dass wir im nächsten Jahr hören, dass wir den Mittelstand um die hier geforderten 100 Mio. Franken entlasten können. Die SVP hilft da garantiert mit und unterstützt das.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Das StG ist angepasst, und somit braucht es keine weiteren Prüfungen mehr. Es ist noch keine 24 Stunden her, dass wir hier über die Steuern und über die Steuergeschenke diskutiert haben. Demzufolge lehnen wir dieses Postulat ab, und wir unterstützen auch die Abschreibung.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Ursula Marti.

Ursula Marti, Bern (SP). Auch wir staunen ein wenig darüber, dass wir jetzt ein solches Postulat behandeln. Auch wir sind der Meinung, diese Punkte hätte man beim Gesetz ja direkt mit Anträgen einbringen können. Ich gehe deshalb auch nur kurz auf die drei Punkte ein. Zum ersten Punkt: Diesen haben wir bei uns tatsächlich kontrovers diskutiert. Es ist eine Steuersenkung für die natürlichen Personen. Was uns daran interessant scheint ist, dass es eben eine gezielte Senkung ist für tiefe und mittlere Einkommen. Das hat bei uns auch gewisse Sympathien. Es werden diesem Punkt auch einige zustimmen, aber die Mehrheit eigentlich nicht. Wir wissen alle, dass es für die einzelnen Personen eine sehr kleine Reduktion der Steuerbelastung ist, die nicht so viel bringt, aber es sind dann wieder 60 Mio. Franken, die fehlen. Man muss dann wieder Leistungen abbauen. Die Frage ist, ob das mehr nützt oder schadet. Wahrscheinlich verlieren die Leute mehr, oder es schadet mehr, wenn man ein paar Fränkli weniger Steuern bezahlen muss, aber dafür eine wichtige Dienstleistung nicht mehr hat. Deshalb: Mehrheitlich lehnen wir das ab. Auf die Punkte 2 und 3 gehe ich nicht ein. Diese lehnen wir ab. Sie sind auch ein bisschen obsolet. Wenn sie angenommen werden, schreiben wir sie ab.

Präsident. Als Nächster, für die BDP, Peter Gerber. Beziehungsweise – ich habe vergessen, danach zu fragen: Er ist auch Mitmotionär. Sie dürften zu beidem sprechen. (*Grossrat Gerber teilt dem Präsidenten mit, dass er sich als Fraktionssprecher äussern wird. / M. le député Gerber informe le président qu'il interviendra en qualité de porte-parle du groupe.*) – Für die Fraktion.

Peter Gerber, Schüpfen (BDP). Die BDP hat nichts anderes gemacht, als eine Forderung des Rates aufzunehmen, dass Entlastungen nicht nur für die Juristen, sondern auch für die natürlichen Personen vonstattengehen. Unsere Forderung wurde auch in der Vernehmlassung zur StG-Revision 2021 eingegeben. Durch den fortgeschrittenen Prozess wurde die Forderung schon etwas überholt. Deshalb schlägt Ihnen die Regierung ja die Annahme als Postulats und die gleichzeitige Abschreibung vor. Wenn ich mir aber die Diskussion der letzten paar Tage anschau, die Finanzdiskussion, dann bin ich nicht überzeugt, ob dieses Fuder schon im Trockenen ist. Deshalb bestreiten wir die Abschreibung und danken für die weitere Unterstützung.

Präsident. Es ist niemand mehr auf der Rednerliste. Ich gebe Finanzdirektorin Beatrice Simon das Wort.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Ich kann es verhältnismässig kurz machen mit den Ausführungen zu diesem Postulat. Denn ich kann Ihnen ja versichern, dass ich als Finanzdirektorin, zusammen mit meinen Verwaltungsleuten und der FiKo, in den vergangenen Monaten, möchte ich fast sagen, in Zusammenhang mit der StG-Revision sehr viel steuerpolitische Überlegungen gemacht habe, und wir haben debattiert, wir haben Vor- und Nachteile abgewogen und Varianten und Vorschläge überprüft. Was wir jetzt, als sogenanntes Gesamtpaket, gestern beschlossen haben und worüber Sie abgestimmt haben, das beinhaltet ja eigentlich die Forderungen dieses Postulats. Deshalb kann man dieses Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben, und ich beantrage Ihnen, dass Sie das auch tun. Denn es nützt nichts, wenn wir es jetzt ständig noch pendent behalten. Wir haben jetzt gerade darüber debattiert, während x Stunden, und ich finde, das, was wir debattiert haben, ist eine gute Lösung. Deshalb: Annahme als Postulat und gleichzeitig Abschreibung.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Postulat der BDP annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.85)

Vote (2019.RRGR.85)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 92

Nein / Non 39

Enthalten / Abstentions 5

Präsident. Sie haben dieses Postulat angenommen, mit 92 Ja- gegen 39 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Wir kommen zur Abschreibung. Wer dieses Postulat abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.85; Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.85 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 115

Nein / Non 20

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben dieses Postulat abgeschrieben, mit 115 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Damit sind wir am Ende der Geschäfte der FIN angelangt. Ich danke Beatrice Simon für das lange Ausharren, und auch ihren Mitarbeitern, und wünsche weiterhin frohes Schaffen.